Fragen des Landesnetzwerk Selbsthilfe seelische Gesundheit (NetzG-RLP e.V.)
Beantwortung: Die Linke RLP Datum: 16.12.25

1) **Im PsychKG von RLP sind Besuchskommissionen im Maßregelvollzug und in der Sozialpsychiatrie geregelt. Wie steht Ihre Partei dazu, dass Betroffene / Peers nicht in allen Besuchskommissionen Mitglied sind?**

Die Linke setzt sich dafür ein, dass Betroffene / Psychiatrieerfahrene (Peers) verpflichtend in allen Besuchs- und Kontrollkommissionen vertreten sind – sowohl im Maßregelvollzug als auch in der Sozialpsychiatrie.
Kontrolle von Einrichtungen muss von Menschen begleitet werden, die die Perspektive der Betroffenen kennen und die Machtasymmetrie in Unterbringungssituationen ausbalancieren.

Aus pflegerischer Sicht ist zu betonen, wie wichtig Transparenz, Beteiligung und gelebte Partizipation sind. Die Einbindung von Peers verbessert Vertrauen, stärkt Rechte und verhindert Übergriffigkeit oder Vernachlässigung – besonders in geschlossenen Einrichtungen.

Nach unserer Ansicht sollte es daher keine Kommission ohne Peer-Beteiligung geben.

2) **Wie steht Ihre Partei dazu, dass ein Unterschied in der Besuchskommission gemacht wird zwischen Unterbringung nach PsychKG oder BGB?**

Die Linke lehnt es ab, hier einen Unterschied zu machen.
Die Grund- und Menschenrechte sind für alle Untergebrachten gleich**,** egal ob die Rechtsgrundlage PsychKG (Gefahrenabwehr) oder BGB (Betreuungsrecht) lautet. Unterschiedliche Besuchskommissionen führen zu Lücken im Schutzsystem.

Kinder und Erwachsene mit psychischen Erkrankungen benötigen gleiche Qualitätsstandards, unabhängig vom juristischen Weg der Unterbringung. Differenzen erschweren Aufsicht und erzeugen Ungleichbehandlung.

Nach unserer Ansicht sollen daher die Besuchskommissionen einheitlich gestaltet sein – gleiche Standards, gleiche Kontrollrechte, gleiche Beteiligung.

Die Linke, Landesverband Rheinland-Pfalz, Gärtnergasse 24, 55116 Mainz
Webseite: www.die-linke-rlp.de Email: lgs@die-linke-rlp.de Insta: @dielinke.rlp
Ansprechperson für Wahlprüfsteine: Loriana Metzger
Email: loriana.metzger@die-linke-rlp.de mobil: +49 157 52491347

Die Linke
Landesverband
Rheinland-Pfalz

3) **Wie steht Ihre Partei zu einer Registrierung von Menschen mit psychischer Erkrankung bei den Ordnungsbehörden (Polizei, Gesundheitsamt etc.)?**

Die Linke lehnt solche Register klar ab. Eine Erfassung psychisch erkrankter Menschen durch Polizei oder Ordnungsbehörden ist stigmatisierend, verletzt Datenschutz und fördert Diskriminierung.

Aus pflegerischer und psychosozialer Perspektive führt so eine Registrierung zu Angst vor Hilfe, weniger Inanspruchnahme von Versorgung und einer Pathologisierung, die die Betroffenen belastet statt schützt.

Daher sagen wir: Keine Registrierung – stattdessen mehr freiwillige Hilfen, Deeskalationstrainings, Sozialpsychiatrische Dienste stärken.

4) **Was plant Ihre Partei zur Behebung der mangelhaften Versorgung von psychisch Erkrankten generell und im Speziellen im ländlichen Raum?**

Die Linke fordert einen massiven Ausbau der psychosozialen Versorgung, besonders in ländlichen Regionen:

- mehr Kassenpsychotherapien (durch höhere Bedarfsplanung)
- 24/7-Krisendienste mit psychosozialem Schwerpunkt
- mobile multiprofessionelle Teams (Hometreatment nach § 115d SGB V verbessern)
- bessere Finanzierung der Sozialpsychiatrischen Dienste
- Ausbau der Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie PIA-Angebote

Gerade in RLP ist die Versorgung von Kindern und Jugendlichen extrem ausgedünnt. Wartelisten gefährden gesundheitliche Stabilität. Mobile Krisendienste könnten Familien frühzeitig entlasten.

Wir wollen: Mehr Personal, mehr regionale Angebote, verbindliche Finanzierung – weg von reiner Klinikzentrierung, hin zu Lebensweltorientierung.

Die Linke, Landesverband Rheinland-Pfalz, Gärtnergasse 24, 55116 Mainz
Webseite: www.die-linke-rlp.de Email: lgs@die-linke-rlp.de Insta: @dielinke.rlp
Ansprechperson für Wahlprüfsteine: Loriana Metzger
Email: loriana.metzger@die-linke-rlp.de mobil: +49 157 52491347

Die Linke
Landesverband
Rheinland-Pfalz

5) **Die Selbsthilfe (sekundäre Prävention) ist ein wesentlicher Bestandteil der psychischen Gesundheitsvorsorge. Sie kann Wiederaufnahmen in die Kliniken vorbeugen und verdient Unterstützung aus psychiatrischer, psychologischer, sozialer und politischer Sicht. Im SGB V wir die Prävention auf Primärprävention beschränkt. Wie stellt Ihre Partei sich die Einbeziehung von Menschen nach einer psychischen Erkrankung und die Finanzierung der sekundären Prävention vor?**

Die Linke setzt sich dafür ein, dass Selbsthilfe als Teil der Regelversorgung anerkannt und nicht nur minimal aus SGB V gefördert wird.

Dazu gehören:

- Finanzierung der sekundären Prävention (Rückfallprophylaxe, Stabilisierung, Peer-Programme)
- langfristige Förderung statt Projektmittel
- Verankerung von Selbsthilfe in Landesgesetzen und kommunalen Gesundheitsstrukturen

Selbsthilfegruppen wirken nach Klinikaufenthalten stabilisierend, gerade bei Jugendlichen und Familien. Rückfallprävention spart Klinikaufenthalte und dient der Versorgungsqualität.

Wir wollen, dass Selbsthilfe gesetzlich anerkannt, finanziell gestärkt und strukturell eingebunden wird – nicht nur Primärprävention finanzieren, sondern auch die Phase *nach* einer Erkrankung.

6) **Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass Inklusion von Menschen mit geistiger oder psychischer Erkrankung zunächst auf dem ersten Arbeitsmarkt stattfindet und nicht auf dem zweiten Arbeitsmarkt, insbesondere Behindertenwerkstätten?**

Die Linke fordert:

- Recht auf Arbeit auf dem 1. Arbeitsmarkt durch:
    - Lohnkostenzuschüsse
    - barrierefreie Arbeitsplätze
    - mehr Unterstützte Beschäftigung (UB) / Budget für Arbeit
    - Abschaffung des Werkstattlohns unter Mindestlohn
- Werkstätten nicht abschaffen, aber alternative Pfade deutlich ausbauen – inklusiver Arbeitsmarkt statt Parallelwelt.

Die Linke, Landesverband Rheinland-Pfalz, Gärtnergasse 24, 55116 Mainz
Webseite: www.die-linke-rlp.de Email: lgs@die-linke-rlp.de Insta: @dielinke.rlp
Ansprechperson für Wahlprüfsteine: Loriana Metzger
Email: loriana.metzger@die-linke-rlp.de mobil: +49 157 52491347

Die Linke
Landesverband
Rheinland-Pfalz

Die Folgen von Exklusion für Familien und Betroffene sind: Isolation, finanzielle Abhängigkeit, fehlende soziale Teilhabe. Besonders junge Menschen werden zu schnell in Werkstätten eingewiesen statt qualifiziert unterstützt.

Unsere Haltung ist: Inklusion beginnt immer auf dem ersten Arbeitsmarkt. Werkstätten dürfen kein „Endpunkt“ sein, sondern nur eine Option – nicht die Standardlösung.

Die Linke, Landesverband Rheinland-Pfalz, Gärtnergasse 24, 55116 Mainz
Webseite: www.die-linke-rlp.de Email: lgs@die-linke-rlp.de Insta: @dielinke.rlp
Ansprechperson für Wahlprüfsteine: Loriana Metzger
Email: loriana.metzger@die-linke-rlp.de mobil: +49 157 52491347

Die Linke
Landesverband
Rheinland-Pfalz